

Erfolg für Kritiker der Ostanbindung: Anhörung

Kommission des Petitionsausschusses kommt nach Sinzheim / Ortsbegehung in Schiftung und Hügelsheim

Von Christa Hoffmann

Sinzheim – Die geplante Ost-anbindung des Baden-Air-parks stößt schon länger auf Kritik. Ein großer Kritiker und Gegner ist eine Sinzheimer Bürgerinitiative, die eine Petition gegen das Vorhaben beim Petitionsausschuss des baden-württembergischen Landtags eingereicht hat. Nun hat dieser eine Kommission gebildet, die am Donnerstag, 28. Juni, um 11 Uhr im Bürgersaal des Sinzheimer Rathauses die Beteiligten anhören und Ortsbegehungen durchführen wird.

Das teilte die mittelbadische Landtagsabgeordnete Beate Böhlen (Grüne), Vorsitzende des Petitionsausschusses, mit. Die Sitzung ist öffentlich.

Ein solches Schreiben ging auch an Christiane Schneider in Sinzheim, Sprecherin der Bürgerinitiative (BI) gegen die Ostanbindung. Böhlen lud sie und ihre Mitstreiter sowie weitere am Verfahren Beteiligte zur Teilnahme ein. Darunter ist das Verkehrsministerium, das gebeten wird, die nachgeordneten Behörden einzuladen. Und es sind die Kommunen Sinzheim, Hügelsheim und Rheinmünster und der Naturschutzbund (NABU) angesprochen worden.

Beim Regierungspräsidium Karlsruhe sind unterdessen 429 Einwendungen gegen das laufende Planfeststellungsverfahren eingegangen, für das sich der Kreisrat in Rastatt



Nicht weit vom unteren Bildrand (Norden) soll die geplante Ostanbindung an Schiftung vorbeiführen.

Foto: Willi Walter

2016 ausgesprochen hatte. Mehr als die Hälfte der geplanten Baukosten in Höhe von rund 23 Millionen Euro sollen auf die Ausgleichsmaßnahmen für die Natur entfallen.

Die Kommission, der neben den beiden Landtagsabgeordneten und Petitionsausschussmitgliedern Hermann Katzenstein (Grüne) und Boris Weirauch (SPD) auch Beate Böhlen angehören wird, will sich auch in Schiftung und Hügels-

heim vor Ort umsehen. Das sagte die Landtagsabgeordnete auf BI-Anfrage. Die Federführung bei diesem Thema hat Hermann Katzenstein.

Die Bürgerinitiative hatte am 4. August 2017 beim Landtag eine Eingabe gegen den A5-Anschluss beim Sinzheimer Ortsteil Halberstung gemacht, der dann weiter über den Sinzheimer Ortsteil Schiftung zum Airpark führen soll, und die Einbeziehung der „Nordanbin-

dung Plus“ mit Ortsumfahrung Hügelsheims in das laufende Planfeststellungsverfahren gefordert. Im Fall der „Nordanbindung Plus“ ist abgesehen von einem – wohl ohnehin vom Bund geplanten – vierspurigen Ausbau der B500 Richtung Frankreich nach Abzweig auf die L75 eine komplette Ortsumfahrung Hügelsheims geplant. Um eine Zerschneidung des südlichen Dorfes und der Hardtwaldsiedlung zu

vermeiden, soll die Straße an bestimmten Stellen in Trogbauweise, als Galerie (auch tiefergelegt) oder Tunnel gebaut werden, der dann überfahren werden kann.

Der Naturschutzbund Deutschland (NABU), der sich auch gegen diese Ostanbindung wendet, hatte im Juli 2017 erklärt, dass diese gegen EU-Recht und gegen das Bundesnaturschutzgesetz verstoße. Die geplante Trasse, die durch

ein Wasserschutzgebiet führt, sei die „ökologisch verheerendste Variante“ hieß es später vonseiten des NABU. Dessen Landesverband hat bereits angekündigt dass er gegen die dafür erforderlichen massiven Eingriffe in den sogenannten Schiftunger Bruch juristisch vorgehen werde. Es würden hierbei mehrfach geschützte Gebiete durchschnitten. Auch der NABU hält die „Nordumfahrung Plus“ für die bessere Alternative. Denn bei der aktuellen Planung wird es nach Ansicht der Kritiker in Hügelsheim zu keiner nachhaltigen Verkehrsentlastung kommen. Momentan quälen sind werktags rund 16 000 Fahrzeuge täglich durch den Ort. Der Verkehr aus Westen, aus Frankreich und Rheinland-Pfalz würde nach einer Verwirklichung der jetzigen Planung (über Schiftung) nach wie vor durchs Spargeldorf fahren.

Die Bürgerinitiative, die von der Bürgervereinigung Halberstung unterstützt wird, kritisiert in ihrer Eingabe auch unseriöse Kostenvergleiche in den Planfeststellungsunterlagen.

Fazit des Gesuchs der BI: „Für die vom Kreistag favorisierte Ostanbindung wird ein Planfeststellungsverfahren vorangetrieben, bei dem es sich bereits abzeichnet, dass dagegen berechtigt geklagt werden kann. Hier werden öffentliche Gelder verschwendet. Zudem wird mit der Ostanbindung die Verkehrsbelastung für die Hügelsheimer nicht reduziert.“